

Innsbruck, 26.9.2012

Pressemitteilung

„Gesundheitsschutz am Fernpass verstärken“

LABg. Schnitzer verlangt Maßnahmen im Rahmen eines bestehenden EU-Projektes

Thomas Schnitzer vom BürgerKlub-Tirol fordert die Tiroler Landesregierung mit einem Antrag auf, in Verhandlungen mit dem Bund eine Anbringung von Hinweisschildern zu erwirken, die bereits in Deutschland vor und an Autobahnkreuzen nahe der österreichischen Grenze klar ersichtlich auf LKW-Fahrverbote entlang der B179 aufmerksam machen.

In diesem Zusammenhang verweist Schnitzer auf das in der Regierungssitzung am 21.10.2008, Zl. Ic-2.589/4.08, beschlossene INTERREG-Projekt „i-e-m; Intelligent-effiziente-Mobilität“:

Ziel des Projektes ist es, durch Nutzung von modernen Technologien sowie Zusammenführung von verkehrsrelevanten Daten

- die Verkehrsinfrastruktur intelligenter und effizienter zu nutzen,
- die grenzüberschreitende Verkehrslage in Echtzeit darzustellen,
- Verkehrsabläufe zu optimieren,
- eine intermodale Verkehrsverlagerung (IV zu ÖV) zu erwirken,
- die grenzüberschreitende Mobilität sicherzustellen und
- die inner-/überregionalen Erreichbarkeiten zu verbessern.

Die Anbringung von entsprechenden Schildern an und vor den Autobahnkreuzen in Ulm/Elchingen und Memmingen wäre eine vorbeugende Maßnahme, und könnte über dieses bestehende EU Projekt organisiert und finanziert werden, um die entlang der A7 in Richtung Fernpass kommenden LKW-FahrerInnen bereits im Vorfeld auf die Fahrverbote entlang der B179 hinzuweisen, damit sie noch rechtzeitig auf dem hochrangigen Straßennetz der A8 (Autobahnkreuz Ulm/Elchingen) oder A96 (Autobahnkreuz Memmingen) verbleiben bzw. weiterfahren können.

Diese Maßnahme käme somit auch den BerufskraftfahrerInnen zu Gute. Vor allem aber könnte diese Investition zum Schutz unserer an der Fernpassroute wohnhaften Bevölkerung und deren Lebensraum zu einem Mehrwert an Gesundheit und Lebensqualität beitragen.

„In diesem Zusammenhang fordern wir vom Bürgerklub-Tirol die Landesregierung auf, in Verkehrsfragen mehr Rückgrad für den Gesundheitsschutz der eigenen Bevölkerung zu zeigen und gesetzliche Spielräume und Rahmenbedingungen der EU-Gesetzgebung für die eigene Bevölkerung intensiver und besser zu nutzen“, so LABg. Thomas Schnitzer.